



Presseschau vom 15.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

de.sputniknews.com: „Er hatte gefährliche Feinde“: Britische Ex-Spionin kommentiert Skripal-Anschlag

Annie Machon, Whistleblowerin und eine frühere Mitarbeiterin des britischen Nachrichtendienstes MI5, hat gegenüber Sputnik das Statement der britischen Premierministerin, Theresa May, kommentiert. Nach dem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal schob May Russland die Schuld zu, ohne jegliche Beweise zu liefern.

Auf die Frage von Sputnik, ob es außer der Beschuldigung Moskaus andere Erklärungen für die Attacke auf Skripal gibt, erinnerte Machon daran, dass die Tätigkeit Skripals noch ermittelt werden soll.

„Hinsichtlich der Begründung hängt es davon ab, mit wem er (Skripal – Anm. d. Red.) gearbeitet hat und worin er verwickelt worden ist. Es ist sehr wahrscheinlich, dass er sich an anderen Aspekten beteiligte, wo er sich gefährliche Feinde egal welcher Nationalität gemacht hat“, so die Ex-Agentin.

Sie verwies darauf, dass die meisten Medien gleich nach der Attacke behaupteten: „Die Russen waren es.“ Machon findet es merkwürdig, dass die britische Innenministerin, Amber Rudd, zuerst die Medien aufgerufen habe, „abzubremsen“ und die Polizei „ihre Arbeit erledigen“ zu lassen. Dennoch machte die Premierministerin, Theresa May, die russische Regierung verantwortlich, noch bevor die Umstände geklärt wurden.

„Sie wollen die verwendete Substanz als einen Nervenkampfstoff identifiziert haben, der von

den Russen vor über 30 Jahren entwickelt worden war.“

Das bedeute jedoch nicht, dass ausschließlich Russen eine solche Substanz produzieren könnten. „Denn es finden sich immer schurkische Agenten, und ich meine das nicht als eine Art Verschwörung, sondern das weiß ich aus der Geschichte“.

Als Beispiel führte Machon die Anthrax-Anschläge von 2001 an, die eine Woche nach den New Yorker Terroranschlägen vom 11. September 2001 verübt wurden. Damals wurden Briefe mit Milzbrandsporen an Politiker und Redakteure nationaler US-Medien geschickt. Infolge kamen fünf Menschen ums Leben, weitere 17 erlitten Verletzungen.

„Nach Jahren von Ermittlungen stellte sich heraus, dass die als Waffen benutzten Milzbrand-Sporen in einem Labor einer US-Einrichtung speziell entwickelt wurden. Ein Schurkenagent wurde dafür beschuldigt, der dort arbeitete und der einen Groll hatte und diese Umschläge verschickte, um Menschen zu attackieren“.

„Dass der Stoff aus einer Militäragentur eines Landes stammt, bedeutet noch lange nicht, dass dieses Land hinter den Angriffen steht“, betonte Machon....

de.sputniknews.com: Gabriele Krone-Schmalz vs. Mainstream: „Wer profitiert vom Giftanschlag?“

Die ehemalige ARD-Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz hat im ZDF erneut gegen Vorverurteilungen Russlands Stellung bezogen. Sie appellierte in der Sendung „Markus Lanz“ dafür, zunächst aufzuklären, bevor verurteilt wird. Überdies machte sie auf Unstimmigkeiten und Fragen aufmerksam. Andreas Peter kommentiert:

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/u8BW25As1go" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/u8BW25As1go>

vormittags:

de.sputniknews.com: UN-Sicherheitsrat: Großbritannien blockiert Russlands Erklärung zum Fall Skripal

London hat das von Moskau vorgeschlagene Projekt einer Erklärung des UN-Sicherheitsrates zu Ermittlungen des Vorfalls in Salisbury blockiert. Das sagt der Sprecher der russischen UN-Vertretung, Fjodor Strschischowski.

Die von der britischen Delegation vorgeschlagenen Abänderungen hätten den Sinn des Dokumentes verzerrt, das vorgeschlagen worden war, um eine Einigung des UN-Sicherheitsrates zu dieser Frage zu erzielen, so Strschischowski....

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden von keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: USA blockieren russisch-chinesischen UN-Erklärungsentwurf zu Korea-Fortschritten

Die USA haben im UN-Sicherheitsrat den Entwurf einer Erklärung über Fortschritte auf der Koreanischen Halbinsel blockiert, der von Russland und China unterbreitet wurde. Dies teilte der russische UN-Botschafter Fjodor Strschischowski mit.

Laut Strschischowski sollte das Dokument den Fortschritt bei der Regelung der Lage auf der Koreanischen Halbinsel unterstützen, der auf Vereinbarungen von Gesprächen auf der höchsten Ebene zwischen China, den USA und Südkorea zurückzuführen ist.

„Die Entscheidung der USA, die Aktivitäten zur russisch-chinesischen Initiative ohne jegliche Besprechungen im UN-Sicherheitsrat zu stoppen, wirft vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Erwärmung in den koreanischen Beziehungen Fragen über die tatsächlichen Absichten Washingtons auf“, sagte er.

Zuvor hatte ein Vertreter Südkoreas mitgeteilt, der US-Präsident Donald Trump habe in ein Treffen mit dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un eingewilligt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31992/81/319928148.jpg>

de.sputniknews.com: „Erfahrene Chemikerin“: Russlands UN-Botschafter über seine US-Kollegin

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat auf der dringenden Sitzung des UN-Sicherheitsrates seine US-Amtskollegin Nikki Haley als „eine erfahrene Chemikerin“ bezeichnet.

Auf der Sitzung, die der Vergiftung des russischen Ex-Spions Sergej Skripal gewidmet war, sagte Haley, die USA seien mit Großbritannien in „der Frage des Giftgasangriffs in Salisbury“ einig und würden daran glauben, dass dahinter Russland stehe.

„Wir leben in einer besonderer Zeit“, erwiderte Nebensja. „Die Unschuldsvermutung wird durch eine Schuldvermutung ersetzt ... Heute hat Botschafterin Haley, als eine erfahrene Chemikerin, als Chemie-Expertin über Russlands Verbrechen gesprochen. Wir wissen seit langem, dass Sie keine Ermittlungen brauchen, um Schuldige zu finden.“...

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feueereinstellung wird eingehalten.

de.sputniknews.com: Sehnsucht nach Hitler: Wie sich europäische Neonazis in Kiew einnisten

Ukrainische Neonazis, die im Donezbecken kämpfen, werben Gleichgesinnte aus der ganzen Welt an. Einige Rechtsextreme aus dem Ausland gingen tatsächlich an die Front, doch die Mehrheit verschanzte sich im sicheren Kiew und führt von dort aus einen Informationskampf. Wie die Ukraine zum Magnet für Neonazis wurde, lesen Sie in diesem Sputnik-Artikel.

„Einfach Interesse an Geschichte“

Neonazi-Gruppen, die sich an dem Konflikt im Südosten der Ukraine beteiligen, versuchen

aktiv, britische Rechtsextreme anzuwerben. Das berichtete die antifaschistische Organisation Hope Not Hate Anfang März.

Mit englischen Rechtsradikalen, darunter die verbotene Gruppierung National Action und die sich in London aufhaltenden Gruppen polnischer Ultrationalisten, arbeitet die Organisation Misanthropic Division*.

Nach Angaben von Experten reisten in den vergangenen Monaten mit Unterstützung von Personen, die mit dem Regiment Asow des ukrainischen Innenministeriums verbunden sind, mindestens zwei Briten an die Front im Donbass. Darauf beschränkt sich der Nachschub, der von britischen Rechtsextremen an die Front entsendet wurde.

Im November 2017 berichteten deutsche Medien, dass Asow aus Europa Nachschub bekomme, darunter aus Deutschland. Deutsche Rechtsextreme würden mit Flugblättern, auf denen es um die Befreiung Europas geht, für das Freiwilligen-Bataillon angeworben.

Journalisten führten auch folgenden Vorgang an: Auf einem Rockkonzert im thüringischen Themar seien Flyer mit dem Aufruf verteilt worden, sich den Reihen der „Besten“ anzuschließen.

Dass sich dem Asow-Regiment Neonazis und Menschen mit ähnlichen Ansichten anschließen, wurde im August 2017 vom Kommando der Nationalgarde zugegeben. Damals erklärte Generalmajor Jaroslaw Spodar von der Nationalgarde die Präsenz der auffälligen Gestalten in der Einheit des Innenministeriums auf einfache Weise – die Kämpfer würden sich für Geschichte interessieren. „Dort gibt es gar keine Massen-Verehrung von Idolen und anderem. Eine andere Sache ist, dass die Asow-Kämpfer sich für Geschichte interessieren und das ist normal. Vielleicht haben sie andere Ansichten zu den nationalsozialistischen Bewegungen in Deutschland, doch das ist auch normal“, so Spodar.

Später sagte er, dass Nationalismus und Patriotismus zwei Dinge seien, die schwer voneinander zu trennen wären. „Denn wenn du Patriot bist, dann liebst du deine Nation, wenn du Nationalist bist, liebst du auch deine Nation“, sagte Spodar.

Der General der Nationalgarde sagte nicht die Wahrheit. Einige Asow-Kämpfer werfen sich vor Götzen nieder. So schufen die Kämpfer der Einheit im Juli 2017 bei Donezk ein Heiligtum des heidnischen Gottes Perun. Die Feierlichkeiten waren dem Sieg des altrussischen Fürsten Swjatoslaw über die Chasaren im 10. Jahrhundert gewidmet. Das Chasaren-Khaganat war ein mittelalterlicher Staat, dessen Elite zum Teil das Judentum annahm. Deshalb ist hier ein antisemitischer Hintergrund eindeutig zu erkennen.

Aktivisten der deutschen rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ besuchten im vergangenen Jahr Kiew. Dort wurden sie von Gleichgesinnten der Partei „Nationaler Korps“ empfangen, die auf der Grundlage von Asow gegründet wurde. Die Deutschen gedachten der gefallenen Wehrmachtssoldaten und nahmen am Marsch der Asow-Einheit teil...

(der vollständige Artikel unter: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20180315319928009-rechtsextreme-konflikt-nationalisten/> - Anm. d. Übers.)

de.sputniknews.com: Pressekonferenz von Maria Sacharowa (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„*Informationspolitische Show*“: *Moskau zu Londons Verhalten im Fall Skripal*

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Donnerstag Großbritanniens Vorwürfe gegen Russland wegen des mutmaßlichen Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal als „wahnsinnig“ bezeichnet.

„Die Rede ist von den Erklärungen, mit denen die britische Premierministerin (Theresa May – Anm. d. Red.) im Parlament mehrmals auftrat und in denen sie gegen die Russische Föderation, gegen unser ganzes Land, gegen unser ganzes Volk absolut wahnsinnige Vorwürfe erhob“, sagte Sacharowa auf einem Briefing.

Londons Verhalten bezeichnete die Diplomatin als „informationspolitische Show“. „Wir sehen die Fortsetzung dieser informationspolitischen Show, wir sehen eine offensichtliche

informationspolitische Kampagne“, so Sacharowa.

Sie betonte, Moskau habe an London vier diplomatische Noten geschickt, um einen Dialog zu eröffnen. Doch als Antwort habe Russland „nichtssagende Antwortschreiben“ erhalten. Großbritannien verzichte außerdem auf die Zusammenarbeit mit der russischen Seite zur Erfüllung der Verpflichtungen, die aus Londons Mitgliedschaft in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen erwachsen....

Moskau: London will Wahrheit über Fall Skripal verheimlichen

London stellt niemandem jegliche Angaben über den Fall des Ex-Doppelspions Sergej Skripal zur Verfügung – und verheimlicht damit offenbar die Wahrheit. Das sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag.

„Bevor dieses Thema im UN-Sicherheitsrat erörtert wird, könnte man es in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) besprechen“, sagte Sacharowa.

Ob man derweil die Zeit hinziehen wolle, fragte sie weiter. „Muss man etwas aufpolieren lassen? Werden Sie uns etwas später übergeben? Haben Sie Angst, es jetzt zu übergeben, oder wie?“

„Es ist eindeutig, dass die Wahrheit verheimlicht wird. Keiner gibt irgendwem jegliche Angaben über den Vorfall“, sagte Sacharowa weiter. „Uns sind nicht einmal die Umstände bekannt, unter denen das alles passierte.“

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im GZKK teilt mit: in den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Wir merken an, dass zuvor der letzte Tag absoluter Ruhe nur am 27. Dezember 2017 sowie am 7. März 2018 erreicht werden konnte.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 60.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) begonnen hat.

de.sputniknews.com: Russland weist bald britische Diplomaten aus – Lawrow

Moskau wird laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow als Antwort auf Großbritanniens Handlungen bald britische Diplomaten ausweisen.

„Bestimmt“, sagte Lawrow als Antwort auf die Frage, ob Moskau bereit sei, britische Diplomaten aus Russland in Reaktion auf Großbritanniens Handlungen auszuweisen.

„Bald“, antwortete der Außenminister auf die Frage nach der Frist.

Londons Vorwürfe gegen Moskau zum Fall Skripal bezeichnete Lawrow als „rüpelhaft und unbewiesen“.

Zuvor hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärt, Russland habe versucht, mit Großbritannien einen Dialog zum Fall Skripal zu eröffnen. Doch als Antwort habe Russland „nichtssagende Antwortschreiben“ erhalten. Gegenmaßnahmen seien jetzt ausgearbeitet und sollen bald durchgeführt werden, so die Diplomatin.

Am Mittwoch hatte die britische Premierministerin Theresa May die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten aus London wegen des mutmaßlichen Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal angekündigt. Laut May steht hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland.

ukrinform.ua: Naftogas ist gegen Kündigung von Gasverträgen mit Gazprom

Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz hat sein Treffen mit dem russischen Gazprom bestätigt. Das Treffen wird bis Ende des Monats stattfinden, um die aktuelle Lage zu besprechen, teilte die Pressestelle von Naftogaz mit.

Das ukrainische Unternehmen sei laut der Mitteilung gegen die von Gazprom angestrebte Kündigung der Gasverträge. Außerdem wolle Naftogaz die Preise für Gastransit neu verhandeln.

Das Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer hatte am 28. Februar entschieden, dass Gazprom dem ukrainischen Naftogaz 4,63 Milliarden US-Dollar für vereinbarte, aber nicht gelieferte Gas-Transitmengen zahlen muss. Angesichts der Kompensation, die zuvor dem russischen Unternehmen vom Schiedsgericht zugesprochen wurde, muss Gazprom insgesamt 2,56 Milliarden US-Dollar Naftogaz zahlen. Nach dem Schiedsspruch leitete Gazprom ein Verfahren zur Kündigung der Verträge zur Lieferung und zum Transit von Erdgas mit Naftogaz ein.

de.sputniknews.com: Moskau an Washington: US-Unterstützung für Terroristen muss unterbunden werden

Russland fordert die USA auf, die Unterstützung von Terrormilizen, unter anderem auch von „Dschebhat an-Nusra“, zu stoppen. Dies teilte der russische Außenminister Sergej Lawrow in seiner Rede beim Forum „Russland – Land der Möglichkeiten“ mit.

„Die Hauptsache ist, dass die US-Koalition in Ost-Ghuta wie auch an anderen Orten, wo sie von Luft aus aktiv ist und vielköpfige Sondereinsatzeinheiten auf dem Boden hat, mit der Unterstützung von Terrormilizen wie ‚Dschebhat an Nusra‘ aufhört“, sagte er.

„Auch viele andere Gruppierungen, die der Westen als nichtextremistisch einstuft, funktionieren aus irgendwelchen Gründen unter dem ‚Regenschirm‘ von ‚Dschebhat an Nusra‘ und haben ein gemeinsames Kommando“, fügte er hinzu. Die Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates fordere dagegen eine Trennung von den „Banditen“, so Lawrow.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Daniil Bessonow

Die Reaktion der UNO und der OSZE auf die Fälle von Beschüssen durch ukrainische Kämpfer auf zivile Fahrzeuge und Mitarbeiter der Donezker Filterstation am 7., 12. und 13. März und die Schaffung von Voraussetzungen für eine humanitäre Katastrophe im Donbass hat das ukrainische Besatzungskommando gezwungen, bei den Beschüssen des Territoriums der Republik eine Pause einzulegen. Im Zusammenhang damit wurden in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der militärischen Formationen des Gegners festgestellt.

Wir drücken der Führung der UNO und der OSZE unsere Anerkennung für die Ergreifung entsprechender Maßnahmen, die auf eine Stabilisierung der Lage in der Konfliktzone gerichtet sind, aus. Aber die bittere Erfahrung zeigt, dass die Erfüllung der Verpflichtungen durch die ukrainische Seite zeitweiligen Charakter trägt. Das Regime der Feueereinstellung wird kurze Zeit nach heftigen Erklärungen von mit Autorität versehenen internationalen Organisationen und Politikern eingehalten.

Die Praxis des „kriechenden Angriffs“ der ukrainischen militärischen Formationen hat zu einer kritische Annäherung des Gegners an zivile Lebenserhaltungsobjekte geführt. Von den letzten „Heldentaten“ der ukrainischen Besatzer genügt es, sich an die hinterhältige Einnahme von Gladosowo und Trawnewoje, die sich in der sogenannten demilitarisierten Zone befinden, durch sie zu erinnern. Wir verfügen über Informationen über Absichten des ukrainischen Besatzungskommandos, die Vereinbarungen über eine Feueereinstellung zu nutzen, um die Ortschaft Wiktorowka, die ebenfalls in der „grauen Zone“ liegt, zu besetzen.

Das Kommando der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik ruft die Führungen der UNO und der OSZE auf, von der ukrainischen Seite zu fordern, entsprechend den zuvor erreichten Vereinbarungen ihre bewaffneten Formationen aus den besetzten Ortschaften in der „grauen Zone“ und von den Positionen, die sich in unmittelbarer Nähe von Objekten der zivilen Infrastruktur befinden, abzuziehen. Insbesondere von der Donezker Filterstation. Diese Maßnahmen werden eine erhebliche Senkung der Feueraktivität von Seiten der ukrainischen Kämpfer befördern und die vorhandene Gefahr für Leben und Gesundheit der Mitarbeiter der kommunalen Unternehmens, das die DFS betreibt, ausschließen.

Eine solche Entscheidung ist dadurch bedingt, dass die Stationierung von Feuerpunkten und ukrainischen Positionen in einigen Dutzend Metern von der Einfahrt zur Donezker Filterstation eine Ursache für die systematischen Beschüsse des Lebenserhaltungsobjekts und des zivilen Personals des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ ist.

Das ukrainische Kommando bildet weiter entsprechend der aggressiven Pläne zur Wiedererlangung der Kontrolle über die nicht von Kiew kontrollierten Territorien des Donbass Stäbe und Truppen zur Führung von Angriffshandlungen aus. Zu diesem Zwecke werden in allen Brigade, die Aufgaben in der Zone der sogenannten ATO ausführen, Kommandostabsübungen unter Führung von Offizieren des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt. Insbesondere wurden die letzten Übungen in der 54. mechanisierten Brigade und der 25. Luftlandebrigade bemerkt.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden im Verlauf der Übungen zur Angriffsthematik gesondert Aktivitäten für den Fall, dass ukrainische Einheiten im Verlauf eines Angriffs eingekesselt werden, bearbeitet. Die Bearbeitung dieser Fragen geschah unter Berücksichtigung der gescheiterten Kampagne des Jahres 2014 und der Niederlage der ukrainischen militärischen Formationen bei Debaltsewo.

In der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Artjomowsk wurde die Frage einer notfallmäßigen Evakuierung des Kommandos und des Stabs der Brigade bearbeitet für den Fall, dass die Gefahr entsteht, dass sie in einen „Kessel“ geraten, wobei sich verteidigende untergeordnete Einheiten in der Umzingelung bleiben, um den Abzug der Hauptkräfte zu decken.

Außerdem wurden aus dem Bestand des 131. Aufklärungsbataillons und Einheiten der Nationalgarde spezielle Abteilungen benannt und ausgebildet, die den Auftrag haben, im Fall des Scheiterns der Angriffshandlungen die Flucht ukrainischer Soldaten aus den in der Nähe von Krasnogorowka liegenden Gebieten zu verhindern.

de.sputniknews.com: Afrin: Türkei verweigert Syrien Kontrolle über eroberte Gebiete
Die Türkei will das im Rahmen der Militäroperation „Olivenzweig“ besetzte Gebiet in Nord-Syrien nicht an Damaskus übergeben, das Ankara unter seiner Kontrolle hat. Das teilte der Sprecher des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Ibrahim Kalin, im türkischen Fernsehen mit.

„Unsere Hauptaufgabe ist die Entwicklung von Selbstverwaltungsbehörden aus der lokalen Bevölkerung. Wir haben überhaupt keine Absicht, Afrin dem (syrischen – Anm. d. Red.) Regime zu übergeben. Dort gibt es Tausende Kurden, die von der (Kurdenmiliz) YPG geflohen sind. Araber, Turkmenen, sie kehren alle heim“, sagte Kalin in einer Sendung des Fernsehsenders TRT...

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Trotz der Tendenz zur Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie verletzt die ukrainische Seite weiter die Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie. So wurden im Gebiet von Katerinowka neue Positionen einer Mörserbatterie der 10. Gebirgsturmbatterie entdeckt.

Außerdem wurden im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krasnyj Pacharj Positionen einer Haubitzenartilleriebatterie entdeckt.

Außerdem führt der Gegner Arbeiten zur technischen Ausstattung von Positionen des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje durch.

Nach uns vorliegenden Informationen ist im Zeitraum vom 12. bis 19. März in der „ATO“-Zone die Arbeit von Vertretern von neun ukrainischen und ausländischen Informationsagenturen geplant, darunter an der Kontaktlinie. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in diesem Zeitraum von den ukrainischen militärischen Strukturen weitere bewaffnete Provokationen in Bezug auf die Kräfte der Volksmiliz der LVR vor dem Hintergrund der bevorstehenden Erörterungen zur Stationierung eines UN-Friedenstruppenkontingents im Donbass erfolgen.

Vertreter der Ukraine haben beim gestrigen Treffen in Minsk ihre Bereitschaft erklärt, am 18. März die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehene Trennung von Kräften und Mittel am Abschnitt bei Staniza Luganskaja durchzuführen. Ich möchte hoffen, dass dies nicht eine weitere leere Erklärung ist und Kiew den Mut findet, endlich mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu beginnen. Wir unsererseits sind immer bereit, eine Trennung von Kräften und Mitteln durchzuführen, aber nur spiegelbildlich.

Wir erhöhen weiter planmäßig das professionelle Niveau des Personals und die Bereitschaft zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und Sicherheit unserer Republik.

Heute fanden in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zur Schießausbildung statt, bei denen das Personal seine Fähigkeiten bei der Beherrschung von Schusswaffen und Schützenpanzerwaffen erhöhte.

Außerdem werden in den Abteilungen der Volksmiliz der LVR Übungen zu Sicherheitsanforderungen unter Führung von Kommandeuren von Einheiten durchgeführt. Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz die Minsker Vereinbarungen genau einhält, aber wir lassen dabei mit unserer Wachsamkeit nicht nach.

de.sputniknews.com: London, Paris, Berlin und Washington: Russland verletzte britische Souveränität

London, Paris, Berlin und Washington: Russland verletzte britische Souveränität Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA haben den Vorfall in Salisbury als einen Übergriff gegen die Souveränität Großbritanniens bezeichnet. Das geht aus einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs von vier Ländern hervor.

„Der Einsatz eines militärischen Nervenstoffes eines Typs, wie er von Russland entwickelt wurde, stellt die erste offensive Anwendung eines solchen Nervengifts in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Es handelt sich um einen Übergriff gegen die Souveränität des Vereinigten Königreichs. Ein solches Vorgehen verletzt eindeutig die Bestimmungen des Chemiewaffenübereinkommens und das Völkerrecht. Es bedroht unser aller Sicherheit“, heißt es in der Erklärung.

Laut der britischen Seite steht Russland hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury. Am Mittwoch hatte die britische Premierministerin, Theresa May, Maßnahmen gegen Russland angekündigt, darunter die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten aus London. Auch die bilateralen Kontakte mit Moskau sollen auf Eis gelegt werden. Moskau weist alle Vorwürfe kategorisch zurück und bereitet Gegenmaßnahmen vor.

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im GZKK

Die OSZE-Mission hat Fakten festgestellt, die vom Vorhandensein von Schützenpanzern, Schützengräben, Feuerpositionen und Unterständen der ukrainischen Streitkräfte am Trennungsabschnitt Nr. 3 im Gebiet von Petrowskoje zeugen, was eine Verletzung der Minsker Vereinbarungen ist.

Außerdem muss besonders unterstrichen werden, dass die Einheiten der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte keinerlei Aktivitäten zur Tarnung ihrer Feuerpositionen unternommen haben. Mehr noch, auf diesen Positionen wurde eine ukrainische Staatsflagge gehisst.

„Die Beobachtermission hat die Existenz von Schützenpanzern und militärischen Positionen am Trennungsabschnitt im Gebiet von Petrowskoje und in der Nähe bemerkt sowie zuvor festgestellt (genauer zu dieser vorhergehenden Beobachtung s. Bericht der OSZE vom 28.11.17). Am 10. März hat am Trennungsabschnitt, 1,2 km von seinem westlichen Rand, eine Drohne der Mission mittlerer Reichweite einen Schützenpanzer entdeckt. In diesem Abschnitt hat die Drohne auch Spuren (vermutlich frische) entdeckt, von denen einige allem Anschein nach zu einem Waldstück etwa 600 Meter östlich führen, außerdem mindestens drei Unterstände, nach Osten führende Schützengräben, die mit Feuerpositionen verbunden sind sowie eine Staatsflagge der Ukraine...“ (aus dem täglichen Bericht der OSZE).

Wir stellen fest, dass auf dem Hintergrund der Beschuldigungsrhetorik und der aggressiven Handlungen der Ukraine gegen die Republiken des Donbass die von der OSZE-Mission bemerkten Vorfälle es nicht erlauben, die ukrainischen Streitkräfte mehr zu diskreditieren, als sie es selber tut.

Außerdem merken wir an, dass **in diesem Bericht der Mission ein Fehler ist, das von den ukrainischen Truppen kontrollierte Bogdanowka wird als Territorium der DVR bezeichnet** (im Text: „nicht von der Regierung kontrollierte Gebiete“).

„Am 12. März hat eine Drohne mittlerer Reichweite in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten vier Schützenpanzer in Bogdanowka entdeckt sowie drei Panzertransporter und drei Schützenpanzer im Hof...“

Wir rufen die OSZE-Mission auf, die Aufmerksamkeit auf fehlerhafte Daten zu richten, die im Bericht der Mission vom 13. März erhalten sind, und außerdem unter Beteiligung der Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen die direkte Verletzung der Grenzen des Trennungsabschnitts Nr. 3 im Gebiet von Petrowskoje von Seiten der ukrainischen Streitkräfte öffentlich zu verurteilen.

de.sputniknews.com: Lawrow zur Bekämpfung der IS-Terroristen: „Wir werden sie erledigen“

Russland wird die IS-Terroristen in Syrien und insbesondere in Ost-Ghuta erledigen. Dies teilte Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Donnerstag am Rande des Forums „Russland - Land der Möglichkeiten“ in Moskau mit.

„In Bezug auf Syrien möchte ich sagen, dass wir weiterhin gegen Terroristen kämpfen werden, wir werden sie erledigen und helfen, sie in Ost-Ghuta zu erledigen, wo die syrische Armee derzeit die entsprechenden Operationen mit unserer Unterstützung durchführt“, so Lawrow.

Der Chefdiplomat räumte ein, Russland werde dabei „humanitäre Ausnahmen“ machen. Wie zuvor vom Verteidigungsministerium angekündigt wurde, können diejenigen, die humanitäre Hilfe brauchen, humanitäre Korridore benutzen, fügte er hinzu.

Dan-news.info: Eine Initiativgruppe von gesellschaftlichen Aktivisten der DVR und der LVR haben heute die Gründung eines Volkstribunals zu den Kriegsverbrechen der ukrainischen

Regierung im Donbass bekannt gegeben. Die Erklärung erfolgte bei einer Pressekonferenz in Lugansk.

„Ich will mich an die Einwohner des Donbass und die Bürger der Ukraine wenden. Es ist die Zeit gekommen, ein Volkstribunal zu den Verbrechen des Militärs im Donbass durchzuführen, wir haben begründete Fakten, die davon zeugen, dass nach der Realisierung der Minsker Vereinbarungen die Entscheidung des Volkstribunals den Anklagen gegen ukrainische Beamte zugrunde liegen werden“, sagte die Vertreterin der Initiativgruppe, die Juristin aus der DVR Jelena Schischkina.

Nach ihren Worten kämpfen seit dem Beginn der „ATO“ die Einwohner des Donbass täglich mit den Handlungen Kiews, die in keiner Weise in die Normen zivilisierter Staaten gehören. Insbesondere ist die Rede von Beschüsse von Wohngebieten, sozialen Einrichtungen, Tod und Verletzung friedlicher Einwohner, Folter, Raub, Plünderung, die „unter direkter Beteiligung, Organisation und Unterstützung der Regierung der Ukraine erfolgen“.

Ein weiterer Beteiligter der Initiativgruppe aus der DVR, der Rechtsanwalt Sergej Koshemjakin, unterstrich, dass das Volkstribunal Verbrechen hochgestellter Personen behandeln wird, darunter des Präsidenten der Ukraine Pjotr Poroschenko, des Sekretärs der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats Alexandr Turtschinow, des Verteidigungsministers Stepan Poltorak, des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Mushenko und anderer.

„Jeder von ihnen hat zu Verbrechen aufgerufen, sie geleitet und realisiert, solche Verbrechen wie Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“, sagte Koshemjakin.

Die Angelegenheiten und Materialien werden gemäß der ukrainischen Gesetzgebung und den Normen des internationalen Rechts behandelt werden.

„Es ist die Zeit für die Schaffung eines Volkstribunals zu Verbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass gekommen. Wir laden alle betroffenen und nicht gleichgültigen Einwohner des Donbass ein, daran teilzunehmen und von hier ihre Position bezüglich der Ereignisse auf unserem Territorium um Ausdruck zu bringen“, sagte Schischkina.

de.sputniknews.com: KGB-Oberst zu Fall Skripal: „Töten im Ausland ist seit der Stalin-Zeit Tabu“

Der pensionierte KGB-Oberst Michail Ljubimow zeigt sich erstaunt über den Vorwurf aus London, der im Koma liegende Doppelagent Sergej Skripal sei von den Russen vergiftet worden. Nach den Worten des 83-Jährigen, der viele Jahre in London gearbeitet hatte, ist das Töten im Ausland für den russischen Nachrichtendienst seit den 1950ern tabu.

„Als Oberst der Auslandsaufklärung des KGB und ehemaliger Abteilungschef kenne ich keinen einzigen Fall, dass wir jemanden getötet haben“, sagte Ljubimow, der in den 1960ern und 1970ern in Großbritannien und in Dänemark als Mitarbeiter der sowjetischen Residentur tätig war, in einem Gespräch mit Sputnik. „Das war sogar direkt verboten.“

Nach den Worten des Geheimdienstveteranen gibt es bei den russischen Nachrichtendiensten seit Mitte des 20. Jahrhunderts keine Abteilung, die sich mit solchen Aktionen befasst. „Sie wurde nach dem Tod Stalins aufgelöst.“

Den Vorwurf der britischen Premierministerin Theresa May wies Ljubimow als eine „absurde Erfindung der Engländer“ zurück.

„Ich wundere mich, dass es immer noch Menschen gibt, die so etwas glauben“, sagte der Ex-KGB-Agent. „Bislang wurde kein einziger Verräter im Ausland umgebracht. Ich kenne persönlich etwa fünf solche Menschen. Sie sind am Leben und rufen mich sogar ab und zu an.“

Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, war 2004 als Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 entlarvt und von einem Militärgericht wegen Hochverrats zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Sechs Jahre später wurde Skripal mit

drei weiteren westlichen Spionen gegen zehn vom FBI verhaftete russische Agenten ausgetauscht...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31993/48/319934829.jpg>

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Amerikaner brachten Nowitschok-Gift aus Usbekistan – Experte

Russland hat Nervengift „Nowitschok“ auf seinem Territorium niemals produziert. Dies teilte das Ex-Mitglied der UN-Kommission zu Bio- und Chemiewaffen, Igor Nikulin, gegenüber Sputnik mit. Darum geht es auch in einem Artikel der Zeitung „New York Times“ aus dem Jahr 1999, die sich auf den sowjetischen Überläufer Wil Mirsajanow beruft.

„Das Gas wurde Ende der 1980er Jahre entwickelt. Es ist ein binärer Kampfstoff und besteht aus zwei Komponenten, die getrennt voneinander ungefährlich sind. Sobald sie in Reaktion treten, verwandeln sie sich in ein tödliches Gas“, sagte der Militärexperte gegenüber Sputnik. Das sei eine sowjetische Erfindung aus dem Jahr 1991, wofür die Autoren eine Staatsauszeichnung erhalten haben. „Danach floh einer der Autoren nach Amerika“. Es geht dabei um Wil Mirsajanow, dessen Worte über die Produktion des Gases auf dem Territorium Usbekistans auch die „New York Times“ zitiert.

Das Gas sei Nikulin zufolge in der Stadt Nukus in Usbekistan hergestellt worden. 1992 sei das Unternehmen unter der Kontrolle der US-Amerikaner demontiert worden. Demnach würden die USA über Proben dieses Stoffes verfügen. „Im Fall der Nutzung des Gases, Nowitschok, würde ich nach keiner russischen Spur suchen, sondern nach einer usbekischen oder besser amerikanischen. Das wird näher an der Wahrheit sein“, so Nikulin weiter. Dabei betonte er, dass dieses Nervengift niemals im Dienst der russischen Armee verwendet worden sei.

Die „New York Times“ hatte 1999 berichtet, dass die USA und die Regierung von Islam Karimow sich auf eine Dekontaminierung und den Abbau des sowjetischen Forschungs- und Testgeländes in der Stadt Nukus geeinigt hatten. Demnach sollen die Amerikaner 1992 den Zugang zu den Anlagen bekommen haben, die in Usbekistan seit 1986 für alle Wissenschaftler außer sowjetische gesperrt gewesen seien.

„Alarmiert durch die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen der sowjetischen Aktivitäten zur Produktion und großangelegten Erprobung illegaler chemischer und keimtötender Waffen in Usbekistan, verzichtete Präsident Islam Karimow auf Massenvernichtungswaffen“, schrieb die Zeitung damals. „Seitdem arbeitete seine Regierung

eng mit amerikanischen Verteidigungsbeamten zusammen und gewährte ihnen den Zugang zu den Ortschaften“, hieß es weiter.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31993/51/319935192.jpg>

de.sputniknews.com: Britischer Verteidigungsminister: „Russland soll den Mund halten“ – Moskau reagiert

Der britische Verteidigungsminister, Gavin Williamson, hat in einem Statement zum mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal Russland aufgefordert, „den Mund zu halten“. Das russische Außenministerium hat auf diese Worte reagiert. „Russland muss weggehen und den Mund halten“, so kommentierte Williamson Moskaus mögliche Antwort auf die angekündigte Ausweisung von 23 russischen Diplomaten aus London wegen des Falls Skripal.

Ukrinform.ua: Die Krim ist die Ukraine: US-Außenministerium kritisiert Äußerungen von Putin

Das US-Außenministerium hat Wahlkampfüßerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der besetzten Krim kritisiert.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Heather Nauert, erklärte, dass das „Referendum“ auf der Krim von vier Jahren illegal und inszeniert war. Das „Referendum“ sei unter Kontrolle der schwer bewaffneten russischen Truppen abgehalten worden. Das sei ein vergeblicher Versuch gewesen, die Annexion der Krim zu legitimieren. Präsident Putin habe in einer Wahlkampfveranstaltung auf der Krim wieder Ansprüche auf ukrainisches Territorium erhoben und damit bestätigt, dass Russland die internationale Ordnung und die territoriale Integrität souveräner Ländern missachtet, heißt es in der Erklärung.

Nauert verurteilte weiter die politisch motivierte Verfolgungen der Krimtataren, Ukrainer, pro-ukrainischen Aktivisten, unabhängigen Journalisten und Medien auf der Krim. Die USA rufen Russland auf, seine Versuche zu stoppen, Rechte auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, friedliche Versammlungen und Religionsfreiheit zu unterdrücken. Die USA bekräftigen laut Nauert ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit der Ukraine. „Die Krim ist ein Teil der Ukraine und unsere Krim-Sanktionen bleiben bestehen, bis Russland die Kontrolle über die Halbinsel an die Ukraine zurückgegeben hat“.

de.sputniknews.com: Russland als Hauptgegner? Polen verlegt Division an Ostgrenze
Die polnische Armee verlegt eine Division vom Westen in den Osten des Landes. Das hat am Donnerstag der Verteidigungsminister Polens, Mariusz Błaszczak, auf einer Sitzung des Amtes mitgeteilt.

„Im Rahmen der für die polnische Sicherheitspolitik wichtigsten Befestigung der Ostgrenze haben wir vor, Teile der Streitkräfte von Westen nach Osten zu verlegen“. Mein Ziel ist es, eine neue Division der Berufsarmee in Ostpolen auszubauen“, sagte Błaszczak.

Der an der Sitzung beteiligte polnische Präsident, Andrzej Duda, merkte an, Russland zeige die Bereitschaft, seine Ziele mit Militärgewalt zu erreichen.

Das bedrohe nicht nur Polen, sondern auch die Nachbarn Russlands und die internationale Gesellschaft, so der polnische Präsident. Laut Duda hatten die russisch-weißrussischen Militärübungen „Sapad-2017“ einen totalen Konflikt Russlands mit der Nato vorgespield, dessen Kampffeld Polen und das Baltikum sein sollten.

Die westlichen Politiker, insbesondere aus Polen und dem Baltikum, sprechen regelmäßig über die angebliche russische Bedrohung. Moskau hatte wiederholt betont, Russland habe keine Angriffspläne gegen jegliche Nato-Länder. Dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, zufolge ist man sich in der Nato bewusst, dass Russland keine Angriffspläne hat. Dieser Vorwand werde aber benutzt, um mehr Militärtechnik und Truppen an der Grenze zu Russland zu stationieren.

Dan-news.info: Eine Trauerkundgebung zum Gedenken an die bei der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten getöteten oder verletzten Arbeiter der Kommunalwirtschaft fand heute in der Hauptstadt der DVR statt. An der Veranstaltung nahmen Mitarbeiter des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft, der Verwaltung der Städte und Bezirke, Arbeiter der Unternehmen, Kollegen und Verwandte der Toten teil.

„Wir dürfen die Menschen nicht vergessen, die bei der Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten starben. Ich denke, wir müssen jedes Jahr vor dem Tag des Arbeiters der Kommunal- und Wohnungswirtschaft Blumen niederlegen und ihr Andenken ehren. Gott sei Dank hat sich im letzten Jahr die Zahl der Toten nicht vergrößert“, sagte der stellvertretende Minister Witalij Kishajew gegenüber Journalisten.

Die Kundgebung fand am Gebäude in der Uniwersitetskaja-Straße statt, wo sich vor dem Krieg die Oblastleitung der Kommunalwirtschaft befand. Das Andenken der heldenhaften Kommunalarbeiter wurde mit einer Schweigeminute geehrt. Dann legten die Anwesenden Blumen am Denkmal mit den Namen der Schweißer, Schlosser, Maschinisten, Monteure, Hausmeister, Trolleybusfahrer, Kontrolleure und Meister nieder.

„Ich habe meine Arbeitskarriere in dem Unternehmen mit einer Stelle als Schlosser begonnen und kannte diejenigen, die während der Arbeit getötet und verletzt wurden, persönlich. Von Seiten der Gewerkschaft leisten wir den Familien der Toten und Verletzten die notwendige Unterstützung“, sagte der Direktor des Donezker Heiznetzes Wadim Borowskij.

Während des Konflikts im Donbass starben durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Armee 12 Mitarbeiter der kommunalen Dienste der DVR an ihrem Arbeitsplatz, 20 Menschen wurden unterschiedlich schwer verletzt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/03/dan-news.info-2018-03-15_09-54-17_167574-dsc_0113-1024x680.jpg

de.sputniknews.com: Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine: Sieht die Bundesregierung weg?

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in der Ost-Ukraine und alles in Ordnung im restlichen Land? Andrej Hunko (Linkspartei) glaubt, dass die Bundesregierung nur eine Seite des Konfliktes sehen will. Er sagt, die Regierung verschließt die Augen vor Menschenrechtsverletzungen, die in der Ukraine von staatlicher Seite ausgehen.

Kann es sein, dass Menschenrechtsverletzungen nur dann von Interesse sind, wenn sie Länder oder Volksgruppen betreffen, mit denen man selbst verbündet ist oder zumindest sympathisiert? Im Fall der Ukraine unterstützt die Bundesregierung die ukrainische Seite des Konfliktes, also die Seite der Regierung Poroschenko. Sie kritisiert „schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen“ in den sogenannten Separatistengebieten in der Ostukraine. Sie hält sich aber auffällig bedeckt, wenn es um die Situation der Menschenrechte und der Pressefreiheit in der restlichen Ukraine geht. Zufall?

Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag Andrej Hunko wollte es genauer wissen. Er stellte zusammen mit Fraktionskollegen der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage einige Fragen zum Thema. In dem ausführlichen Text geht es um die allgemeine Menschenrechtslage im Donbass, speziell aber auch um Fälle von regierungskritischen Medien und einzelnen Journalisten, die Repressalien von staatlicher Seite ausgesetzt sind.

„Insbesondere geraten regierungskritische Medien sowie Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine unter Druck. Am 14. Juli und 16. November 2017 hat die ukrainische Militärstaatsanwaltschaft in den Räumlichkeiten der Media Holding Westi Ukraina Razzien durchgeführt. Am 3. Dezember 2017 haben maskierte Männer in Militäruniform den Eingang zum regierungskritischen Fernsehsender NewsOne mit Stacheldraht und Sandsäcken blockiert. Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Harlem Desir, bezeichnete die Situation als ‚Angriff auf die Freiheit der Medien‘ und forderte die ukrainischen Behörden auf, die freie

Arbeit des Senders zu gewährleisten. Nachdem das Verfahren gegen den ukrainischen Journalisten Ruslan Kotsaba im Juli 2016 vom Berufungsgericht eingestellt und der Angeklagte nach 16 Monaten Haft freigelassen worden war, hob im Juni 2017 das Oberste Spezialgericht der Ukraine in Zivil- und Strafsachen den Freispruch auf und nahm das Verfahren wieder auf“, heißt es in der Anfrage der Linken-Politiker.

Hunko und seine Mitstreiter wollten wissen: Was wusste und weiß die Bundesregierung von den Verletzungen der Menschenrechte und der Pressefreiheit?

„Es ist schon auffällig, dass die Bundesregierung in Anfragen zur Ukraine doch sehr selektiv antwortet. Der generelle Tenor der Antworten ist, dass gesagt wird: In den Separatistengebieten Donezk und Lugansk und auf der Krim gibt es schwere Menschenrechtsverletzungen, aber in der Restukraine ist eigentlich alles soweit okay. Da gebe es keine systematischen Verletzungen von Menschenrechten und Medienfreiheit. Aus meiner Sicht sind diese Antworten doch sehr unbefriedigend“, erklärt Andrej Hunko.

Auf welche Quellen sich die Erkenntnisse der Bundesregierung stützen, werde nicht konkretisiert. Es werde lediglich konstatiert, dass es in der Ost-Ukraine und auf der Krim zu „schweren Menschenrechtsverletzungen durch Russland beziehungsweise von Russland unterstützten Separatisten“ komme.

Laut Hunko müsste die Bundesregierung ihre Haltung zur Ukraine überprüfen. Die Überwachung der Menschenrechtsverletzungen sei eine supranationale Sache, also eine Sache des Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg oder des Europarates, von Menschenrechtskommissaren usw. Darauf verweise auch die Bundesregierung selbst.

„Aber es ist auch durchaus eine bilaterale Sache, weil die Bundesregierung doch in erheblichem Maße die gegenwärtige ukrainische Regierung unterstützt – finanziell wie politisch. Sie betrachtet sie auch als Verbündeten in der Auseinandersetzung mit Russland. Die Bundesregierung verweist dabei auch immer auf die Werteorientierung, die die Regierung in der Ukraine angeblich hat. Meines Erachtens müsste die Haltung kritischer werden.“

Insgesamt wünsche er sich, dass die neue Bundesregierung sich stärker für eine Entspannung zwischen Russland und der Ukraine einsetzt, sagt Andrej Hunko mit Blick auf die kommende Legislaturperiode.

„Eine Politik, die nicht weiter einseitig die ukrainische Regierung, die auch innenpolitisch umstritten ist, stützt, die die Umsetzung von Minsk II nicht einseitig Russland anlastet durch dieses Sanktionsregime, was daran gekoppelt ist. Ich würde mir eine viel neutralere Position der Bundesregierung wünschen. Und natürlich auch Entwicklungsprojekte im geschundenen Donbass. Ich weiß aber sehr wohl, dass das ausgehandelte Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine nicht auf die Entwicklung des Landes abzielt, sondern, platt gesagt, auf die Ausplünderung der Ukraine durch europäische Konzerne.“

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte haben wieder die übernommenen Verpflichtungen verletzt. Um 18:15 wurde ein Beschuss aus Richtung Lopaskino auf **Slawjanoserbsk** mit automatischen Granatwerfern durchgeführt“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

abends:

Dan-news.info: „Um 18:30 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer in Richtung **Shabitschewo** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Es wurden 100 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben.

Ukrinform.ua: Generalstaatsanwalt Luzenko: Nadija Sawtschenko plante Anschlag im Parlament

Die Parlamentsabgeordnete Nadija Sawtschenko hat persönlich einen Terroranschlag im Plenarsaal des ukrainischen Parlaments geplant.

Das erklärte der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko in der Werchowna Rada. Sawtschenko habe persönlich Hinweise gegeben, wie der Anschlag durchgeführt werden sollte. Die Logen für die Regierung und für Beamte sollten mit Granaten vernichtet werden. Die Kuppel des Parlaments sollte mit Mörsern zerstört werden. Die Überlebenden sollten dann mit Sturmgewehren getötet werden. Die Ermittler haben laut Luzenko unbestreitbare Beweise dafür.

Der Generalstaatsanwalt will noch heute die Aufhebung der Immunität der Parlamentarierin und ihre Festnahme beantragen.

Dan-news.info: „Heute um 19:55 haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer aus Richtung Schirokino in Richtung **Leninskoje** eröffnet, um 20:00 aus Richtung Lebedinskoje in Richtung **Sachanka**“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Nach Angaben Jakubos hat der Gegner bei den Beschüssen Mörser, Granatwerfer und Schützenpanzerwaffen verwendet. Tote und Verletzte gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Befehlshaber Scaparrotti: NATO braucht mehr Truppen in Europa

Die Allianz braucht mehr Truppen in Europa, erklärte der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Curtis Scaparrotti, am Donnerstag in Washington.

„Was die Präsenz auf ständiger oder auf Rotationsbasis betrifft, bräuchten wir, wie sich denke, mehr Kräfte in Europa. Ich bin nicht der Ansicht, dass unsere Positionen auf gebührendem Niveau sind... Wir bräuchten mehr ständig dislozierte Zusatzkräfte auf dem Kontinent“, sagte Scaparrotti bei einer Anhörung im Repräsentantenhaus des US-Kongresses.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31985/81/319858125.jpg>

Ukrinform.ua: Parlament hebt Immunität von Jewhen Bakulin auf

Die Werchowna Rada der Ukraine hat am Donnerstag die Immunität des

Parlamentsabgeordneten vom „Oppositionellen Block“ Jewhen Bakulin aufgehoben. Die Parlamentarier stimmten auf Antrag des Generalstaatsanwalts Juri Luzenko der Strafverfolgung, der Festnahme und und Verhaftung von Bakulin zu. Bakulin wird der Beteiligung an Verbrechen der kriminellen Organisation von Wiktor Janukowytsh vorgeworfen, nämlich Amtsmissbrauch, Entwendung von Mitteln des staatlichen Energieunternehmens Chornomornaftogaz in Höhe von 3,2 Milliarden Hrywnja beim Kauf von zwei Bohrplattformen und von Mitteln des Konzerns Naftogaz in Höhe von 450 Millionen Hrywnja.

Lug-info.com: „Während des Treffens der Kontaktgruppe am 14. März 2018 hat der Vertreter der Ukraine ein weiteres Mal ein mögliches Datum für die Bereitschaft der ukrainischen Streitkräfte zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja genannt, den 18. März 2018, wenn bis dahin keine Beschüsse in diesem Abschnitt festgestellt werden“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

„Gleichzeitig haben bereits heute, am 15. März 2018 um 19:50 Vertreter der ukrainischen Streitkräfte im GZKK der OSZE-Mission Informationen über einen angeblich von ihnen registrierten Beschuss des zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Staniza Luganskaja mit Granatwerfern aus Richtung des Denkmals des Fürsten Igor (LVR) übergeben, der von der Vertretung der LVR im GZKK nicht bestätigt wurde“, teilte die Vertretung der LVR mit....

„So sehen wir ein weiteres Mal, dass die ukrainische Seite sich mit der Fälschung von Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung befasst und den vollständigen Unwillen zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zur Trennung von Kräften und Mitteln demonstriert“, unterstrich die Vertretung.